
DAKS-Kleinwaffen-Newsletter

Informationen des Deutschen Aktionsnetzes Kleinwaffen Stoppen – Ausgabe 11/07

1. Neue Studie zu den Kosten der Kriege

Eine gemeinsame Studie von Oxfam, IANSA und Saferworld, die Mitte Oktober erschienen ist, beziffert die monetären Kosten der Kriege in Afrika auf jährlich mindestens 18 Milliarden Dollar. Da die Untersuchung den Kriegsschauplatz Somalia nicht berücksichtigt hat, dürfte es sich um eine eher zurückhaltende Schätzung handeln, während die tatsächlichen Kosten weitaus höher liegen. Darüber hinaus wurden auch die schwierig darstellbaren Wechselwirkungen zwischen einzelnen Kriegsschauplätzen sowie zwischen Ländern, in denen Bürgerkrieg herrscht, und deren Nachbarländer unberücksichtigt gelassen.

Auf etwa 18 Milliarden Dollar jährlich beläuft sich auch die gesamte Entwicklungshilfe, die alle afrikanischen Staaten zusammen pro Jahr erhalten. – Und da schätzungsweise 95% aller verwendeten Waffen und Munition in die Länder

Afrikas importiert werden, wird mit dieser Studie die These gestützt, dass (auch in rein monetärer Hinsicht) die Kriege in Afrika nur mit Hilfe der internationalen Staatengemeinschaft geführt und deshalb auch nur mit deren Hilfe beendet werden können (modifizierte Dependenztheorie).

Es ist zu hoffen, dass die Ergebnisse dieser Studie Einfluss auf den Diskussionsverlauf der Gespräche innerhalb der UN-Generalversammlung nehmen werden, die Anfang Oktober mit Verhandlungen über einen Arms Trade Treaty begonnen hat (vgl. Kleinwaffen-Newsletter 10/2007).

Der Text – leider nur auf Englisch – kann über die Website von Oxfam heruntergeladen werden: http://www.oxfam.org/en/files/bp107_africas_missing_billions_0710.pdf/download

2. Dekade zur Überwindung von Gewalt

Zum mittlerweile achten Mal findet in diesem Jahr die „Dekade zur Überwindung von Gewalt“ statt

(<http://www.gewaltueberwinden.org>).

Ihr Ziel, „die Friedensschaffung vom Rand in das Zentrum des Lebens und Zeugnisses der Kirche zu bringen“ wird aktuell am Jahresfokus „Europa“ verdeutlicht. Unter dem Motto „andere achten“ wenden sich die Kirchen in Deutschland diesem Thema zu. Für die Zeit vom 11.-21.11.2007 sind in ganz Deutschland verschiedene öffentliche Veranstaltungen geplant. Unter den vielfältigen Formen von Gewalt, die auch an diesem Fokus deutlich gemacht werden

können und müssen, hat die „Föderation Evangelischer Kirchen in Mitteldeutschland“ (EKMD) in diesem Jahr den Aspekt „Gewalt und Militarisierung“ gewählt. Eine Arbeitsmappe mit einer Einführung in das Thema, Informationen und Arbeits-/Aktionsvorschlägen kann über das „Fachreferat Friedensarbeit“ der EKMD bestellt werden. Bestelladresse: wolfgang.geffe@ekmd.de

Dr. Reinhard Voss, der Generalsekretär der deutschen Sektion der katholischen Friedensbewegung „Pax Christi“ wird u.a. in diesem Zusammenhang am 15. November 2007 um

19.00 Uhr in der Dreikönigskirche/Haus der Kirche (Hauptstr. 23) in Dresden einen Vortrag

über „Die Militarisierung der deutschen Außenpolitik“ halten.

3. Waldkircher Erklärung auf dem SPD-Bundesparteitag

Die Waldkircher Erklärung „Skandal ohne Grenzen – den Waffenlieferungen muss Einhalt geboten werden!“ hat mittlerweile selbst in die Diskussionen auf dem Bundesparteitag der SPD in Hamburg eingewirkt.

Im neuen Grundsatzprogramm der SPD sind nun plötzlich Sätze zu lesen wie: „Wir sind einer strengen Rüstungsexportpolitik verpflichtet. Rüstungsgüter sind keine normale Handelsware. Die Einhaltung der Menschenrechte, gute Regierungsführung und das Verbot, Waffen in Konfliktregionen zu liefern, sind für uns maßgeblich bei Ausfuhrgenehmigungen. Rüstungsexporte in Entwicklungsländer sind abzulehnen, weil sie die nachhaltige Entwicklung eines Landes gefährden.“

(http://parteitag.spd.de/servlet/PB/show/1731523/Hamburger%20Programm_final.pdf)

Und in dem Beschluss über eine „Vorausschauende Friedenspolitik“ heißt es sogar: „Wir unterstützen die Initiativen zur Multilateralisierung und besseren internationalen Kontrolle des nuklearen Brennstoffkreislaufes. Zugleich treten wir für eine Begrenzung und internatio-

nale Kontrolle konventioneller Rüstungsgüter, insbesondere von Kleinwaffen, sowie eine Ächtung von Streumunition und Landminen ein.“

(http://parteitag.spd.de/servlet/PB/show/1731459/B%DC%2B60%2B_A1%2Bvorausschauende%2BFriedenspolitik.pdf)

Natürlich ist zu hoffen, dass den mittlerweile gefundenen Worten nun auch Taten folgen werden und deshalb nicht nur die, gerade auch von der SPD mit praktizierte Rüstungsexportpolitik eine Veränderung erfährt, sondern auch die entsprechenden Richtlinien und Gesetze, die den Export deutscher Rüstungsgüter in alle Welt erlauben, eine Überarbeitung erfahren.

In jedem Fall ist schon jetzt absehbar, dass das Thema „deutsche Rüstungsexporte“ auch weiterhin auf der Tagesordnung bleiben wird: Am 27.11.2007 wird die SPD-Ortsgruppe Schorndorf eine Informationsveranstaltung zur Waldkircher Erklärung organisieren, bei der Jürgen Grässlin einen Vortrag über deutsche Rüstungsexporte halten wird. (Veranstaltungsort: Kesselhaus in Schorndorf; Beginn: 20.00 Uhr).

4. „Stark und Schnell“: Deutsche Waffen in Birma

von Roman Deckert (BITS)

Als kürzlich in Birma – von der Junta in Myanmar („Stark“ & „Schnell“) umbenannt - die friedlichen Proteste brutal niedergeschlagen wurden, sorgte besonders ein Bild für weltweites Entsetzen: wie der japanische Photograph Kenji Nagai von einem Milizionär erschossen wurde. Das Sturmgewehr, aus dem der Schuss kam, sieht wie ein G3 von Heckler & Koch (H&K) aus, könnte aber auch ein FAL des belgischen Herstellers FN Herstal sein. So oder so gibt es eine deutsche Verbindung: dem Informationsdienst Jane's zufolge setzt die birmanische Armee noch immer massiv auf die „Braut des deutschen Soldaten“, die bis vor wenigen Jahren ihre Standardwaffe Nr. 1 war, und auf MG3-

Maschinengewehre von Rheinmetall. Das FAL war nach Angaben des renommierten Experten Edward Ezell einst aus Altbeständen der Bundeswehr eingeführt worden.

Die inneren Konflikte Birmas begannen weit vor der Unabhängigkeit von 1948. Hunderttausende wurden seither getötet, Millionen vertrieben. Alle Kriegsparteien – Regierung, untereinander verfeindete Rebellen und Drogenbarone – setzen Kindersoldaten ein, gemordet wird in erster Linie mit „Kleinwaffen“. In den jüngsten Berichten westlicher Medien wurde vor allem China als Waffenlieferant der Militärdiktatur kritisiert. Darüber wird aber vergessen, dass jahrzehntelang just die Bundesrepublik Deutschland Birmas wichtigster Rüstungspartner war:

Eine Aufzeichnung der einschlägig berichtigten Firma Fritz-Werner, die sich auf Maschinen für die Waffen- und Munitionsherstellung spezialisiert hatte, belegt, dass die folgenreiche Kooperation bereits 1953 begann. Dabei ging es um die Produktion der BA52-Maschinenpistole, später bekannt als „Ne Win-MG“. Hinzu kam der Aufbau von drei Fabriken für Infanterie- und Artilleriemunition in Rangun und Prome. Das Auswärtige Amt (AA) stimmte zu, weil es eine diplomatische Anerkennung der DDR durch das blockfreie Birma befürchtete. Die Hardthöhe verkaufte bereits 1960 die Lizenz zur Herstellung des G3 an Birma, wie Dokumente des AA belegen (bislang ging die Friedensforschung von 1981 aus). Die G3-Fabrik baute die Fritz-Werner-AG auf, die mittlerweile in Bundesbesitz übergegangen war. Bis die Produktion anlief, bezogen die birmanischen Militärs über Fritz-Werner G3 von der Düsseldorfer Waffenschmiede Rheinmetall, die sich damals die Fertigung mit H&K teilte. 1961 genehmigte das AA die Lieferung von 10.000 G3 sowie von vier Millionen Schuss durch die Fritz-Werner-Tochter Metallwerk Elisenhütte Nassau (MEN). Den Diplomaten kamen auch „keine Bedenken“, als General Ne Win 1962 die demokratische Regierung stürzte und umgehend Proteste niederschlagen liess. Rheinmetall durfte weitere 12.000 G3 und 800 MG42-Maschinengewehre liefern, MEN 18 Millionen Schuss.

Dank der BRD wurde das birmanische Heer immer unabhängiger: 1969 erlaubte das AA der Staatsfirma Fritz-Werner, Anlagen zur Produktion von Sprengstoffen und ein Messingwalzwerk auszuführen. Aber weil es „unbillig“ erschien, Thailand zu verweigern, was man Birma gewährte, durfte auch der rivalisierende Nachbarstaat eine H&K-Lizenzproduktion aufbauen. Das AA genehmigte den Oberndorfern 1971 die Ausfuhr einer Fabrik für den G3-Ableger HK33. Kurz darauf stellte die birmanische Armee bei „U Nu“-Rebellen HK33 sicher, die H&K an Thailand geliefert hatte. Laut Ezell gelangten auch die Karen-Rebellen an HK33.

Weder der eskalierende Guerillakrieg noch die blutige Niederschlagung friedlicher Proteste in Rangun 1974 beeindruckten die Bonner Exportkontrolleure. 1976 stimmten sie dem Antrag von Fritz-Werner zu, die birmanischen Munitionswerke grundlegend zu modernisieren. Das AA sah „keine Gefährdung unser Belange“. Dies änderte sich auch nicht, als die Armee Anfang 1988 Studentenunruhen gewaltsam unterdrückte.

Diktator Ne Win, der sich noch im Mai 1988 wie fast jedes Jahr als Gast von Fritz-Werner in der BRD aufhielt, trat zwar zurück, doch seine Nachfolger ließen im August 1988 Tausende Demonstranten niedermetzeln – mit G3, wie etliche Photos dokumentieren. Ungerührt genehmigten die Bonner Beamten im September 1988 Fritz-Werner die Ausfuhr von Munitionsmaschinen, wie eine Stellungnahme des Bundeswirtschaftsministeriums zeigt.

Seit 1989 haben alle Bundesregierungen behauptet, keine Genehmigungen für Rüstungsexporte nach Birma mehr zu erteilen. Die bis 2004 vorliegenden Übersichten des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle zeigen jedoch, dass in fast jedem Jahr mindestens ein Antrag auf Lieferung von Dual-Use-Gütern bewilligt wurde – obwohl seit 1991 ein EU-Waffenembargo gilt! Außerdem fällt auf, dass das Zollkriminalamt 2001 wegen der Lieferung von Anlagen zur Sprengstoffherstellung ermittelte und es zwei Jahre später sieben Verurteilungen wegen des Exports von Munitionsmaschinen gab.

Fritz-Werner – 1990 vom Bund an MAN Ferrostaal verkauft – ist noch immer in Birma aktiv: mit einer Niederlassung der „Fritz Werner Industrie-Ausrüstungen“ und „Myanmar Fritz Werner Industries Co., Ltd.“, einem 1984 gegründeten Joint-Venture mit dem Schwerindustrieministerium, das auch für den Rüstungskomplex zuständig ist. Das US-Außenministerium hat 1995 berichtet, dass Fritz-Werner außerdem Im- und Exporte für die „Myanmar Economic Holdings“ durchführte, die wiederum laut AA der Direktion des Beschaffungsamtes im Verteidigungsministerium gehört. Den amtlichen birmanischen Medien ist zu entnehmen, dass Fritz-Werner-Manager regelmäßig von hohen Generälen empfangen wurden, zuletzt der langjährige Geschäftsführer Werner Schoeltzke Ende 2006. Auf eine Anfrage des Verfassers hin hat Kommunikationsdirektor Daniel Reinhardt indes erklärt, dass MAN Ferrostaals Birma-Engagement seit jeher „ausschließlich zivile Aufgaben“ betrifft. Unbestreitbare Tatsache bleibt aber, dass das Regime, das als die reinste Militärdiktatur der Welt gilt, nach wie vor nur dank der einst von Fritz-Werner errichteten Rüstungsfabriken derart resistent gegen Embargos ist.

Deutschland sollte sich zu seiner historischen Verantwortung bekennen und die Profite aus

den früheren Geschäften von Fritz-Werner wie die damaligen Einnahmen aus der G3-Lizenz dazu benutzen, den Millionen Opfern zu helfen.

Roman Deckert ist Kleinwaffen-Experte im Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit (BITS).

5. Kampagne „Wir kaufen keinen Mercedes – Boykottiert Streumunition“

Die Kampagne, die von einem breiten Spektrum von Organisationen der Friedensbewegung mitgetragen wird, ist Anfang Oktober mit einer „Aktionswoche“ erfolgreich an die Öffentlichkeit getreten. An insgesamt zehn Orten in ganz Deutschland gab es Proteste vor Niederlassungen der Daimler AG, vor dem ICC in Berlin anlässlich der Außerordentlichen Hauptversammlung der Daimler AG wie auch an öffentlichen Orten (Schloßplatz in Stuttgart). Fotoimpressionen“ von einzelnen Aktionsorten

können über die Homepage der Kampagne eingesehen werden:

<http://www.wir-kaufen-keinen-mercedes.de/Fotoimpressionen.html>

Der Erfolg, den die Kampagne schon jetzt hat, lässt sich auch daran ablesen, dass mittlerweile schon über 2000 Menschen dem Boykott-Aufruf gefolgt sind und erklärt haben, keine Mercedes-Fahrzeuge zu kaufen, bis das Unternehmen die Produktion von Streumunition eingestellt haben wird.

6. Munitionsrubrik: Neuartige Panzerfäuste

Die Gefahr, die von sogenannten MANPADS („man portable air defence systems“) ausgeht, ist bekannt. Seit einem versuchten Anschlag auf ein israelisches Passagierflugzeug in Kenia im Jahr 2002 gibt es etwa im Bereich der Flugzeugindustrie Bemühungen, Schutzsysteme für Passagierflugzeuge zu entwickeln, wie sie bisher nur in Kampfflugzeugen zur Anwendung kamen. Das SIPRI-Jahrbuch 2007 präsentiert erstmals ein Kapitel speziell zu diesem Thema.

MANPADS, die in die Kategorie der leichten Waffen fallen, sind leicht zu transportieren, von einer Person einzusetzen und können heute sogar aus langsam fahrenden Autos und aus geschlossenen Räumen verschossen werden. MANPADS haben damit eine große Ähnlichkeit mit „Panzerfäusten“, auch wenn letztere auf eine Verwendung am Boden beschränkt bleiben. Im Gegensatz zu MANPADS aber wird die Gefahr, die von Panzerfäusten ausgeht, bisher selten thematisiert.

Dabei müsste das Problem eigentlich gerade in Deutschland bekannt sein. Hier sitzen nicht nur wichtige Hersteller von solchen Systemen, sondern entsprechende Waffen wurden in Deutschland auch schon für terroristische Anschläge eingesetzt: Die RAF verwendete bei ihrem Anschlag auf General Frederick J. Kroesen am 15.9.1981 eine sowjetische Panzerfaust des Typs RPG-7 (RPG steht für „rocket propelled grenade“).

Statt deshalb eine Vorreiterrolle einzunehmen und sich um eine Verringerung der weltweiten Verbreitung solcher Waffen zu bemühen, ist Deutschland jedoch gerade das Land, von dem aus eine neue Generation dieser Waffen in alle Welt exportiert wird. Dynamit Nobel Defence etwa entwickelte in Zusammenarbeit mit der israelischen Rüstungsfirma „Rafael“ für die Streitkräfte von Singapur das Panzerfaustsystem „Matador“, das international unter der Bezeichnung „Panzerfaust 90“ vermarktet wird. Dieses „Einwegsystem“ wurde ab Februar 2006 im Rahmen des „Anti-Structure Munition“-Programms der britischen Streitkräfte weiterentwickelt. Nachdem erste Exemplare dieser neuen Waffen nun zu Testzwecken an die Streitkräfte in Afghanistan ausgegeben wurden, gab es Bedenken, der Einsatz dieser Waffen könnte gegen das „Protokoll über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes von Brandwaffen“ und also gegen das geltende Kriegsvölkerrecht verstoßen. (vgl.

[http://www.channel4.com/blogs/page/newsroom?entry=thermobaric weapons of mass deception](http://www.channel4.com/blogs/page/newsroom?entry=thermobaric+weapons+of+mass+deception))

Das Problem bei den neu entwickelten Waffen besteht darin, dass sie einen Zwei-Phasen-Sprengkopf verwenden, wie er in ähnlicher Weise auch bei sogenannten „thermobarischen Waffen“ zum Einsatz gelangt (vgl. dazu <http://www.heise.de/tip/r4/artikel/17/17021/1.html>). Dabei wird mit einem ersten Sprengsatz

ein Behälter mit Treibstoff zerstört und dessen Inhalt über eine größere Fläche verteilt. Mit Hilfe einer zweiten Explosion wird der verteilte Treibstoff in Brand gesetzt. Die Folgen sind verheerend, da die Explosion des Treibstoff-Gemisches nicht nur Brände auslöst und Brandwunden verursacht, sondern (insbesondere in geschlossenen Räumen wie Bunkern) auch den Sauerstoff entzieht. Menschen, die sich im Explosionsumfeld aufhalten, werden erstickt.

Analog dazu verfügen die neuen Panzerfäuste über zwei Sprengsätze. Der Unterschied besteht darin, dass der zweite Sprengsatz kein Treibstoffgemisch in Brand setzt, sondern eine Wolke aus Metallstaub (z.B. Aluminium). Die Folgen sind die gleichen. Das britische Verteidigungsministerium besteht auf jedoch auf der Feststellung, dass die eingesetzten Waffen das Kriegsvölkerrecht nicht verletzen (vgl. http://www.blogs.mod.uk/defence_news/2007

</week34/index.html#entry-37907495>), da der angestrebte Effekt die Sprengwirkung sei und nicht das Verbrennen und Erstickten von Menschen.

Die deutsche Bundeswehr wird sich aller Voraussicht nach dieser Deutung anschließen, da sie sich kürzlich für die Anschaffung eines „Mehrrollenfähigen leichten Lenkflugkörpersystems“ (MELLS) entschied, das vom Eurospike-Konsortium entwickelt wurde. Die hier zum Einsatz kommende Granate verfügt über einen Zwei-Phasen-Sprengkopf (vgl.

<http://www.rheinmetall-immobilien.de/index.php?fid=1514&lang=3>).

Den Opfern dieser Waffe wird diese Differenzierung jedoch überhaupt nichts nützen. Die neuentwickelten Sprengköpfe sind ethisch inakzeptabel und widersprechen der Intention des Kriegsvölkerrechts.

7. Irak kauft Waffen in China

Laut einem Bericht der Washington Post vom 4.10.2007 hat die irakische Regierung „light military equipment“ im Wert von \$100 Millionen in China erworben. Dieses Geschäft wirft ein Schlaglicht auf die Beschaffungsstrukturen, der sich die Kriegsökonomie in diesem Großkonflikt bedient.

Es ist nicht genau bekannt, um was für eine Art von Ausrüstung es sich handelt. Da amerikanische Behörden jedoch bereits in den Jahren 2004 und 2005 als Zwischenhändler für die Lieferung von insgesamt 185.000 AK-47-Sturmgewehren in den Irak aufgetreten sind, von denen mittlerweile rund 110.000 verschollen sind und vermisst werden, ist anzunehmen, dass es sich auch in diesem Fall (zumindest teilweise) um entsprechende Kleinwaffen handelt, die zur Verwendung bei den irakischen Sicherheitsbehörden vorgesehen sind.

Da in der Zwischenzeit die Mängel, die den Verlust der Waffen erleichtert haben, noch nicht behoben sind (ein Waffenregister etwa gibt es im Irak nicht und eine Kontrolle der Waffenbestände von Polizei und Armee ist dementsprechend nicht möglich), ist anzunehmen, dass es sich nicht um die letzte Waffenlieferung in dieses Kriegsgebiet gehandelt hat.

Ein wachsender Einfluss Chinas kann aus diesem Geschäft nicht abgeleitet werden: AK-47 Sturmgewehre werden in den USA nicht

hergestellt, die entsprechenden Waffen mussten also schon immer in anderen Ländern eingekauft werden.

Im Vergleich mit den Verkäufen der USA in den Irak handelt es sich hierbei zudem um eine eher kleine Transaktion. Allein im Januar 2007 verkauften die USA Waffen im Wert von \$600 Millionen in den Irak und seitdem wurden Geschäfte mit einem geschätzten Umfang von \$2-3 Milliarden zum Abschluss gebracht.

Um nun die Auslieferung der Waffen zu beschleunigen und damit den Forderungen der irakischen Regierung nach einer besseren Versorgung der irakischen Truppen durch die USA zu entsprechen, scheint das US-Verteidigungsministerium gerade eine Überarbeitung der Richtlinien des „U.S. Foreign Military Sales“-Programms zu erwägen, die eine unbürokratische Lieferung von Kriegsgütern ermöglicht. So werden natürlich auch auf diese Geschäfte weitere Lieferungen folgen, da, solange die irakische Regierung kein striktes „stockpile management“ ihrer Bestände sicherstellen kann, ein Verlust von Material fast unausweichlich erscheint.

So tragen die Waffen, die heute in den Irak verschifft werden, sicher nicht zur Stabilisierung dieses Kriegsgebietes bei, sondern sichern vor allem auch die Versorgung der Bürgerkriegsparteien, die sich im Kampf mit den US-

Truppen befinden. Die Waffenlieferungen in den Irak sind also einmal mehr ein Beispiel dafür, dass sich Rüstungsexporte in Kriegsgebiete und eine nachhaltige Entwicklung ausschließen.

Auch die Bundesregierung hat im Jahr 2005 Kriegswaffen-Exporte in den Irak genehmigt (vgl. Rüstungsexportbericht der Bundesregierung 2005:

[http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/P-R/ruestungsexportbericht-](http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/P-R/ruestungsexportbericht-2005.property=pdf,bereich=bmwi,sprache=de,rwb=true.pdf)

[2005,property=pdf,bereich=bmwi,sprache=de,rwb=true.pdf](http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/P-R/ruestungsexportbericht-2005.property=pdf,bereich=bmwi,sprache=de,rwb=true.pdf)). Zwar ist der Umfang dieser Exporte nicht mit denjenigen der USA zu vergleichen, aber natürlich muss sich die Bundesregierung dennoch fragen lassen, wie solche Exporte, die einen Verstoß gegen die „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ darstellen, gerechtfertigt werden können.

Impressum & Kontakt

DAKS-Koordination
c/o RüstungsInformationsBüro (RIB e.V.)
Postfach 5261, 79019 Freiburg

Tel. 0761-7678088
E-Mail: rib.freiburg@gmx.de
Web: www.rib-ev.de/daks

Mitglied im DAKS sind:

- ▶ AG Rüstungsexporte im Netzwerk Friedenskooperative, Bonn
- ▶ attac-Ortsgruppen
- ▶ BUKO-Kampagne „Stoppt den Rüstungsexport!“, Bremen
- ▶ Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), Frankfurt
- ▶ Friedensinitiative Nottuln
- ▶ IPPNW Stuttgart
- ▶ Kampagne gegen Rüstungsexport bei Ohne Rüstung Leben (ORL), Stuttgart
- ▶ Netzwerk Afrika Deutschland, Bonn
- ▶ pax christi – deutsche Sektion, Bad Vilbel
- ▶ pax christi – Bistumsstelle Rottenburg/Stuttgart
- ▶ RüstungsInformationsBüro (RIB e.V.), Freiburg
- ▶ WORLD VISION Deutschland e.V., Friedrichsdorf
- ▶ ... sowie weitere Gruppen aus dem Friedensbewegungs-, kirchlichen und entwicklungspolitischen Zusammenhang.

Hinweis: DAKS und die Sponsoren des Newsletters übernehmen für die Inhalte und die Sicherheit der in diesem Newsletter aufgeführten Internetadressen keinerlei Haftung. Verantwortlich i.S.d.P.: Fabian Sieber.

Förderer des Kleinwaffen-Newsletters sind der DAKS-Fonds „Gerechtigkeit für Kleinwaffenopfer“ (angesiedelt beim RüstungsInformationsBüro RIB e.V.) und



Friedenszentrum
Braunschweig

